

Willen verheiratet hat, berichtet ab und an die Presse. Gerade deswegen wäre es jedoch angebracht, wenn in Westeuropa mehr Kenntnisse über den Islam verbreitet wären. Unkenntnis ist vielfach die Wurzel von Feindbildern. Wer weiß z. B., daß die Muslime Jesus und Maria ehren? In der Erklärung des II. Vatikanischen Konzils über die nichtchristlichen Religionen heißt es u. a.: „Jesus, den sie (die Muslime) allerdings nicht als Gott anerkennen, verehren sie doch als Propheten, und sie ehren seine jungfräuliche Mutter Maria, die sie bisweilen auch in Frömmigkeit anrufen.“ So pilgern

Muslime und Christen zum Wallfahrtsort in Ephesus, zum „Grab Mariens“.

Die erste Sure des Korans – die „Öffnende“ – könnte auch von einem Christen gebetet werden: „Im Namen Gottes (Allahs), des Erbarmers, des Barmherzigen. Preis sei Gott, dem Herrn der Welten, dem Erbarmer, dem Barmherzigen, dem Herrn am Tag des Gerichtes. Dir dienen wir, dich flehen wir an: Führe uns den rechten Weg, den Weg derer, denen du gnädig bist, und nicht derer, denen du zürnst und die abirren.“ Der gläubige Muslim betet sie täglich. *Paul Roth*

Stabilität mit Schattenseiten

Die Volksrepublik China nach dem 15. Parteitag

Die chinesische Führung unter Jian Zeming sitzt fest im Sattel, wie sich jetzt auf dem 15. Parteitag der Kommunistischen Partei im Herbst gezeigt hat. Der Westen hält sich mit Kritik an Menschenrechtsverletzungen im „Reich der Mitte“ aus wirtschaftlichen Erwägungen zurück. An der Situation der katholischen und protestantischen Kirche hat sich bislang nichts Wesentliches geändert.

Alle fünf Jahre findet in der Volksrepublik China ein Parteitag statt, bei dem Rückblick gehalten wird und die Weichen für die Politik der nächsten Fünfjahresperiode gestellt werden. Der Verlauf der Veranstaltung mit Tausenden Parteikadern aus dem ganzen Riesenreich ist streng orchestriert und läuft nach bestimmten Ritualen ab, die dafür sorgen, daß die vorbereiteten Resolutionen und Personalentscheidungen von den Delegierten möglichst einstimmig angenommen werden. Die Entscheidungen fallen daher in der Vorbereitungsphase in verschiedenen Gremien, bei deren Zusammensetzung die eigentlichen Machtkämpfe hinter den Kulissen stattfinden. Das wichtigste Ereignis im Vorfeld des jüngsten Parteitages war zweifellos der Tod von *Deng Xiaoping* am 19. Februar dieses Jahres.

Deng Xiaoping war zwar schon lange vorher de facto von der politischen Bühne verschwunden, weil es ihm physisch nicht mehr möglich war, noch gestaltend in das Tagesgeschehen einzugreifen. Aber solange er noch lebte, galt er immer noch als der eigentliche Führer Chinas, den die neue Führungsriege unter *Jiang Zemin* zu respektieren hatte. Die Regelungen des Übergangs auf die Deng Xiaoping nachfolgende Führungsmannschaft haben sich dem Anschein nach bewährt, weil ein für möglich angesehener Machtkampf zwischen einzelnen Parteikadern oder ideologischen Blöcken nicht stattgefunden hat.

Staats- und Parteichef Jiang Zemin konnte daher zu Beginn des 15. Parteitags der kommunistischen Partei Chinas am 12. September stolz und zufrieden Bilanz ziehen und die Jahre 1992–1997 als eine der erfolgreichsten Perioden in der Geschichte der Volksrepublik China, ja der chinesischen

Geschichte überhaupt, darstellen. Die Genugtuung, die damit verbunden war, gründet vor allem darauf, daß es China nach der relativen Isolierung im Gefolge des Tiananmen-Zwischenfalls gelungen ist, unbeirrt den Kurs der wirtschaftlichen Reformen weiterzugehen, die dem Land ganz offensichtlich neuen Wohlstand und innere Stabilität gegeben haben. Von daher war es selbstverständlich, daß Jiang Zemin den Kurs der sog. „sozialistischen Marktwirtschaft“ bestätigte und mit der Umwandlung von Staatsbetrieben in private Gesellschaften die liberale Wirtschaftspolitik durch eine klarere Trennung zwischen Staat und Wirtschaft weiterzuführen versprach.

Der Ruf nach politischen Reformen verstummt nicht

Auf ideologischem Gebiet war die Parteiführung sichtlich darum bemüht, der sog. „Deng Xiaoping Theorie“ zu folgen, die zur Grundlage einer nur noch dem Namen nach sozialistischen Politik gemacht wird und mit der kommunistischen Ideologie und den Ideen eines Marx, Lenins oder Maos wenig oder nichts gemein hat, sondern im wesentlichen in der pragmatischen Einstellung besteht, die „Wahrheit in den Tatsachen“ zu suchen. Spötter sagen, daß das eigentliche Leitwort schon seit längerem der ebenfalls auf Deng Xiaoping zurückgehende Slogan „Reich werden ist ruhmvoll“! sei.

Es gab immerhin den Hauch eines Machtkampfes, als bei den Wahlen zum ständigen Komitee des Politbüros überr-

schend Parlamentspräsident *Qiao Shi* nicht wiedergewählt wurde. Dies wurde allgemein als Sieg Jiang Zemin und des noch amtierenden Ministerpräsidenten *Li Peng* angesehen, weil damit die von vielen erwartete Ernennung Qiao Shis zum Ministerpräsidenten verhindert und zugleich wohl auch die Übernahme des Postens des Parlamentspräsidenten durch Li Peng ermöglicht wurden. Erklärter Favorit für die Nachfolge von Li Peng im Amt des Ministerpräsidenten ist jetzt der Wirtschaftsfachmann *Zhu Rongji*, der in der Hierarchie der Parteiämter an dritter Stelle nach Jiang Zemin und Li Peng geführt wird.

Diese relativen Erfolge der neuen Führung können nicht darüber hinwegtäuschen, daß das ideologische Feuer in der kommunistischen Partei Chinas weitgehend erloschen ist. Die Partei hat die geistige Führung des Landes offensichtlich verloren. Der Glanz der kommunistischen Partei und der dem Volke dienenden Befreiungsarmee ist schon lange verblaßt. Die vom Regime veranstalteten Gedächtnisfeiern und Versuche ideologischer Kampagnen werden müde belächelt und nicht mehr ernst genommen. Die viel beschworene „geistige Zivilisation“, die es aufzubauen gelte, ist nicht mehr als eine Worthülse. Auch das Gerede von der „sozialistischen Marktwirtschaft“ kann keinen darüber hinwegtäuschen, daß vom „Kommunismus mit chinesischem Gesicht“ nicht viel mehr als Fassade übrig geblieben ist.

Der Ruf nach umfassenden politischen Reformen und Schritten hin zu einer größeren Demokratisierung kommt nicht nur aus den Reihen der vom Regime hart verfolgten Demokratiebewegung, sondern auch aus der Partei selbst. Für Aufsehen gesorgt hat die Denkschrift eines Professors der Beijing Universität, *Shang Dewen*, der als langjähriges Parteimitglied sich an die Führung der Partei wendet und in „loyaler Kritik“ umfassende politische Reformen fordert. Dabei verweist er darauf, daß Jiang Zemin selber die Weiterführung der politischen Reformen der achtziger Jahre versprochen habe.

Wenn auch nach außen die gegenwärtige Regierungsmannschaft die Tagesgeschäfte im Griff zu haben scheint, so schwelt die *Korruption* in der Partei, in der Regierung, in der Wirtschaft und in allen Bereichen des öffentlichen Lebens weiter. Die sog. „Demokratiebewegung“ begann 1984 ja weniger als eine Bewegung unter den Studenten in der Absicht, demokratische Reformen herbeizuführen, sondern in erster Linie als Protestbewegung gegen die verbreitete Korruption. In einem offenen Brief hat der frühere chinesische KP-Generalsekretär *Zhao Ziyang* vom 15. Parteitag genau mit dieser Begründung eine Neubewertung der Proteste von 1989 gefordert. Im Kampf gegen die Korruption hat es immer wieder markige Absichtserklärungen seitens der Herrschenden gegeben, mit diesem Übel endlich aufräumen zu wollen. Es wurden zwar einige spektakuläre Fälle aufgegriffen und Verurteilungen ausgesprochen. Der prominenteste Fall ist der des Parteisekretärs von Beijing, *Chen Xitong*, der zwar schon 1995 wegen Korruptionsvorwürfen aus dem Amt entfernt und später aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen, aber bis

heute immer noch nicht rechtskräftig verurteilt wurde. Aber das Krebsgeschwür der Korruption wuchert weiter.

Es ist der chinesischen Partei- und Regierungsführung gelungen, die *Menschenrechtsdiskussion* weitgehend in ihrem Sinn zu bestimmen. Die ständig von Beijing wiederholten Floskeln, daß Anmahnung der Beachtung der Menschenrechte innerhalb der Volksrepublik China, wenn sie von ausländischen Stellen kommt, eine „Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ darstelle, hat Wirkung gezeigt. China hat das Verhalten bestimmter ausländischer Mächte in der Menschenrechtsfrage immer dann „belohnt“, wenn die Regierungen für die besonderen Umstände des chinesischen Menschenbilds und des Verständnisses der Menschenrechte, das daraus resultiert, „Verständnis“ gezeigt haben. Regierungen, die es nicht lassen konnten, immer wieder die in den Augen der Chinesen abgedroschene Leier von Menschenrechtsverletzungen in der Volksrepublik zu spielen, wurden dagegen „bestraft“, indem ihre Repräsentanten für anstehende Staatsbesuche eingeladen und ihre Firmen bei Bewerbungen um Aufträge in China „übergangen“ wurden.

In der internationalen Staatengemeinschaft haben sich daher die „Pragmatiker“ weitgehend durchgesetzt mit der Argumentation, daß es zwar bedauerlich sei, wenn in China die Dissidenten eingesperrt und in Tibet Mönche und Nonnen gequält würden. Aber es habe sich im Falle Chinas noch nie gelohnt, auf die Einhaltung international anerkannter Grundrechte zu bestehen. Das Land sei einfach viel zu groß, habe eine lange Geschichte und Kultur, sei in der Vergangenheit zu oft international gedemütigt worden, so daß sein Zurückweisen von „Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ auch irgendwie verständlich sei. Es gibt also eine ganze Reihe von Gründen, die in den Augen dieser Advokaten für ein pragmatisches Vorgehen in der Menschenrechtsfrage sprechen. Das eigentliche Argument, sich China gegenüber pragmatisch zu verhalten, wird schamhaft verschwiegen. Dieses müßte jedenfalls lauten, daß China mit 1,2 Milliarden Einwohnern schließlich den größten Markt der Welt darstellt und aus diesem Grund „mit besonderen Maßstäben“ gemessen werden muß.

Der Fall des Dissidenten Wei Jingsheng

Beim Staatsbesuch von Partei- und Staatschef Jiang Zemin Ende Oktober in den USA zeigte es sich, daß auch die Amerikaner ihre Lektion gelernt und die lästige Verknüpfung von Menschenrechtsfragen mit politischen und wirtschaftlichen Beziehungen aufgegeben haben. Präsident Clinton bekannte sich zu einer „pragmatischen Politik des Engagements“, bei der „Kooperation vor Konfrontation“ gehen müsse. Derselbe Clinton, der seinen Vorgängern im Wahlkampf 1992 noch markige Vorwürfe machte, die Machthaber in Beijing zu hätscheln, warnte jetzt davor, daß die USA es sich nicht leisten könnte, „mehr als eine Milliarde Chinesen zu isolieren“.

Jiang Zemin gab dem Präsidenten und der Wirtschaftslobby in den USA weitergehende Argumentationshilfen, indem er schlicht und einfach behauptete, daß es in der Volksrepublik China keine „Verfolgung politisch Andersdenkender“ gäbe. Schließlich habe China die Erklärung der Vereinten Nationen über wirtschaftliche und soziale Rechte unterzeichnet. Daneben verwahrte sich Jiang Zemin mit harten Worten gegen jede Einmischung Amerikas in die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik. Das Verständnis von Freiheit und Demokratie in den USA sei nun einmal nicht von universaler Geltung und könnte keineswegs auf die chinesische Gesellschaft angewendet werden.

Angesprochen auf konkrete Fälle von Menschenrechtsverletzungen wie die Inhaftierung der Regimekritiker *Wei Jingsheng* und *Wang Dan*, reagierte Jiang Zemin mit der stereotypen Formel, daß diese als Kriminelle im Gefängnis seien, die gegen die Strafgesetze der Volksrepublik verstoßen hätten. Jiang Zemin verschwieg, daß die Prozesse gegen *Wei Jingsheng* und *Wang Dan* – beide wegen ihrer Kritik an der Partei und Regierung und der Forderung nach mehr Demokratie in Scheinprozessen mit im vorhinein von der Parteiführung festgelegten Urteilen zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt – selbst nach chinesischen Gesetzen nicht rechtsstaatlich genannt werden können.

Seitdem *Wei Jingsheng* im Jahre 1979 auf dem Höhepunkt der damaligen ersten Demokratiebewegung den von Deng Xiaoping scheinbar eröffneten Freiraum der „Großen Poster“ an der „Mauer der Demokratie“ in Beijing dazu nutzte, zuzüglich zu den vom Staat propagierten „Vier Modernisierungen“ eine fünfte Modernisierung, nämlich die demokratische Freiheit und Reformen, zu fordern, ist er in den Augen der chinesischen Führung so etwas wie der „Staatsfeind Nr. 1“ geworden. Daß *Wei* die Kühnheit oder Frechheit besessen hatte, Deng Xiaoping namentlich anzusprechen und ihn als Diktator zu bezeichnen, hatte ihm die persönliche Feindschaft des kleinen großen Führers eingetragen, der direkten Einfluß auf den Prozeßverlauf nahm und dafür sorgte, daß *Wei* zu 14 Jahren Haft verurteilt wurde. Im Zusammenhang mit der Bewerbung von Beijing als Austragungsort der Olympischen Spiele 2000, die schließlich an Sydney gingen, wurde *Wei* im September 1993 nach Ablauf von fast 14 Jahren unwesentlich früher entlassen.

Auch wenn *Wei* in der Haft physisch oft am Rande des Zusammenbruchs war, hat er seine innere Freiheit bewahrt. Dies wurde deutlich, als er darauf bestand, seine im Gefängnis gemachten Notizen bei der Entlassung mitzunehmen. Die Gefängnisleitung sah sich angesichts seiner Weigerung, sonst nicht von der Freilassung Gebrauch zu machen, genötigt, ihm diese Manuskripte auszuhändigen, die später in Auswahl in den USA unter dem Titel „Der Mut, allein zu stehen“ (*The Courage to stand alone*) gedruckt wurden.

Als *Wei* aber fortfuhr, sich auch gegenüber der westlichen Presse kritisch über Partei und Regierung Chinas zu äußern, wurde er im Dezember 1995 zu weiteren 14 Jahren Haft wegen konterrevolutionärer Tätigkeiten verurteilt, Mitte No-

vember jedoch überraschend aus der Haft entlassen – aus Gesundheitsgründen, wie es hieß. Nicht nur im Ausland, sondern auch in der VR China ist *Wei* hoch geachtet. Vor allem in Kreisen der Intellektuellen und unter den übriggebliebenen Vertretern der Demokratiebewegung gilt er als Märtyrer. Das harte Vorgehen der Behörden gegen Menschenrechtler und Advokaten der Demokratiebewegung in China hat Wirkung gezeigt. Wer von den bekannten Vertretern nicht ins Exil gegangen ist, wurde wie *Wang Dan* mit oder ohne Anklage ins Gefängnis oder Arbeitslager abgeschoben.

Vierzig Jahre Katholische Patriotische Vereinigung

Zu Beginn des Besuchs von Jiang Zemin in den USA gab es ein kleines Signal in Richtung *Respektierung der Religionsfreiheit* in der Volksrepublik China durch die Freilassung des katholischen Bischofs *Su Zhemin*, der als Bischof im Untergrund vor einem Jahr verhaftet worden war. Nach einigen kritischen Rückfragen des Wahrheitsgehalts dieser Meldung hat nach Ende der USA-Reise von Jiang Zemin der Vatikan am 31. 10. 97 die Freilassung von *Su Zhemin* schließlich bestätigt. Bestätigt wurde vom chinesischen Außenministerium schon vorher die Einladung des chinesischen Staatspräsidenten an einige Kirchenführer der USA zu einem Besuch der VR China. Zu den Eingeladenen zählen der katholische Erzbischof von Newark, *Theodore McCarrick*, als Vorsitzender der Kommission der amerikanischen Bischofskonferenz für Außenbeziehungen, der Präsident der Nationalen Vereinigung der Evangelikalen und ein jüdischer Rabbiner.

Während des US-Besuchs von Jiang Zemin hat sich der jetzt 96jährige chinesische Kardinal *Ignatius Gong Pinmei*, der seit Jahren im Exil in den USA lebt, zu Wort gemeldet und in einer Presseerklärung den chinesischen Staatspräsidenten aufgefordert, alle verhafteten Katholiken in der VR China sofort freizulassen. Der katholischen Kirche müsse freigestellt werden, „religiöse Gemeinschaft mit dem Papst zu unterhalten, um die Fülle des Glaubens bewahren zu können“.

Die Erinnerung an die Gründung der Chinesischen Katholischen Patriotischen Vereinigung vor vierzig Jahren wurde am 26. August 1997 mit einer Feier in der Großen Halle des Volkes in Beijing begangen, bei der der stellvertretende Premierminister *Qian Qichen* die Hauptrede hielt. *Qian* legte das Schwergewicht auf die Problematik der chinesisch-vatikanischen Beziehungen, die für ihn in erster Linie ein politisches Problem zwischen zwei Staaten und erst sekundär ein religiöses Problem darstellen. In der Sache hatte er nichts Neues zu sagen, sondern wiederholte die alten Forderungen Beijings, daß der Vatikan die Ein-China-Position übernehmen und die diplomatischen Beziehungen mit Taiwan abbrechen müsse und sich ferner der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas zu enthalten habe. Dies bezieht sich wohl in erster Linie auf die Frage von Bischofsernen-

nungen durch den Papst für die katholische Kirche in der VR China.

Wenige Tage vor der Rückkehr Hongkongs Ende Juni starb der Vorsitzende der chinesischen Bischofskonferenz, Bischof *Zong Huaide* von Jinan, in Beijing am 27. Juni im Alter von 80 Jahren an Herzversagen. Seine Funktionen als Vorsitzender der Bischofskonferenz und Präsident der Patriotischen Vereinigung hat kommissarisch Bischof *Michael Fu Tieshan* von Beijing übernommen. Die Nachfolgefrage ist damit noch nicht endgültig geklärt. Neben seiner Funktion als Vorsitzender der Bischofskonferenz war Bischof Zong auch Präsident der Chinesischen Katholischen Patriotischen Vereinigung und Rektor des nationalen Priesterseminars in Beijing. Er wurde schon 1958 zum Bischof der Diözese Zhoucun gewählt und ohne Zustimmung des Papstes geweiht. Während der Zeit der Kulturrevolution war er wie die meisten Bischöfe und Priester für mehrere Jahre im Gefängnis und Arbeitslager. Nach dieser Zeit der „Reform durch Arbeit“, wie es euphemistisch im offiziellen Nachruf heißt, konnte er mit Beginn der Reformpolitik von Deng Xiaoping nach 1979 wieder als Bischof, jetzt auch für die Diözese Jinan, tätig sein.

Kein einheitliches Verhalten gegenüber der Untergrundkirche

Bischof Zong war aber weniger als Bischof in seiner Diözese aktiv, sondern übte offizielle Funktionen erst in der Patriotischen Vereinigung und dann in der Bischofskonferenz aus. Zugleich war er auch Mitglied der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes. Als Leiter der Patriotischen Vereinigung hat Bischof Zong auch immer wieder politische bzw. kirchenpolitische Stellungnahmen abgegeben, die, jeweils konform zur politischen Gesamtlage, ihn als Vertreter der offiziellen Politik gerade auch der Religionspolitik der Regierung zeigten.

Durch seine Beteiligung bei den meisten Bischofsweihen, die mit Zustimmung der Regierung, aber ohne die des Papstes seit 1979 wieder durchgeführt wurden, hatte er wesentlichen Anteil am Aufbau der neuen Kirchenstrukturen. Wegen seiner Nähe zum Machtzentrum von Partei und Staat war Zong nicht unumstritten. In den letzten Jahren hat er sich bemüht, die spirituelle Rolle des Papstes als geistiges Haupt der Katholiken u. a. auch durch das öffentliche Gebet für ihn in der Messe herauszustellen und zu fördern.

Es gibt sich wiederholende Meldungen in der kirchlichen Presse im Ausland, daß die chinesischen Katholiken in der Untergrundkirche vielfältigen Verfolgungen ausgesetzt seien. Immer wieder ist von Verhaftungen von Priestern und Bischöfen die Rede, die wegen unerlaubter Religionsausübung von den Behörden in Haft genommen und in die Arbeitslager gesteckt werden. Die meisten dieser Vorfälle werden aus der Provinz Hebei gemeldet, wo die Untergrundkirche am stärksten ist und die staatlichen Religionsbehörden

am härtesten durchgreifen. Aus der Umgebung des Marienwallfahrtsortes Donglu in Hebei wird berichtet, daß die Behörden die dortigen Katholiken zwingen, in die offene Kirche einzutreten und ihren Widerstand gegen die Patriotische Vereinigung aufzugeben. Kinder von Katholiken, die sich weigern und sich nicht registrieren lassen, sollen vom Schulunterricht ausgeschlossen worden sein. Bei den meisten dieser Vorfälle handelt es sich um das Vorgehen von lokalen oder regionalen Behörden, die die staatlichen Vorschriften bis auf den Buchstaben getreu scharf auslegen und oft eigenmächtig verschärfen.

So gibt es eine generelle Regelung, daß Religionsunterricht und Katechese nur an Personen über 18 Jahren erteilt werden dürfen, die religiöse Unterweisung von Kindern dagegen verboten sei. Diese Vorschrift wird in den meisten Teilen Chinas seit Jahren nicht beachtet, ohne daß die Behörden einschreiten. In Hebei ist dies allerdings anders, hier gilt religiöse Unterweisung an Minderjährige als strafrechtlich relevantes Vergehen. Ein anderes Beispiel behördlichen Ideenreichtums oder -willkür: Um die Marienwallfahrt zu unterbinden, hat die Provinzbehörde genau zum Zeitpunkt der Hauptsaison des Wallfahrtsorts Donglu im Monat Mai in dem Gebiet militärische Manöver angesetzt und es zum militärischen Sperrbezirk erklärt.

Aus der Provinz Jilin wird ein anderes Verhältnis zwischen den Katholiken der offenen und denen der Untergrundkirche berichtet. Bischof *Jin Peixian* von Jilin, selber Bischof in der offenen Kirche, stellt den Katholiken, die persönliche Schwierigkeiten haben, die Priester und die Sakramente in der offenen Kirche als vollgültig anzusehen, eine Kapelle bei der Kathedrale zur Verfügung, wo sie mit einem ihrer Priester Gottesdienst feiern können. Bei den Predigten und Katechismusstunden, die sie danach abhalten, sind auch immer wieder Katholiken der offenen Kirche zugegen. Dies alles trägt dazu bei, die Gegensätze abzubauen und sich gegenseitig besser zu verstehen. Die staatlichen Behörden sind es auch zufrieden, weil der Gottesdienst der „Untergrund“-katholiken in einem öffentlichen Kirchengebäude stattfindet, das bei den Behörden registriert ist.

Das Wachstum der protestantischen Kirche hält weiter an

Für die *protestantischen Christen* bedeutet das Ende der Präsidenschaft von Bischof *Ding Guangxun* im Chinesischen Christenrat, der das Amt nach 15 Jahren Anfang Januar 1997 aus Altersgründen abgab, eine Zäsur. Der Übergang zu einer neuen Führung sowohl für den Christenrat als auch für die Drei-Selbst-Bewegung trägt noch ganz den Charakter eines Provisoriums, weil mit *Han Wenzao*, dem bisherigen Vorsitzenden der Amity-Stiftung, der schon 72 Jahre alt und Laie ist, eher ein Übergangskandidat als neuer Präsident des Christenrats gewählt wurde. Vorsitzender der Drei-Selbst-Bewegung ist *Luo Guanzong* aus Schanghai, ebenfalls ein

Laie. Damit sind erstmals die beiden wichtigsten Ämter in der protestantischen Kirche von Laien besetzt.

Während der 6. Nationalsynode der protestantischen Christen im Dezember 1996 hat sich der Leiter des nationalen Büros für Religiöse Angelegenheiten, *Ye Xiaowen*, bei seiner Ansprache an die Delegierten in die Diskussion über die bleibende Bedeutung der Drei-Selbst-Bewegung eingeschaltet und ihren Fortbestand als unabdingbar für die nationale Selbständigkeit der chinesischen protestantischen Christen hingestellt. Damit dürfte die Diskussion, ob sich die Drei-Selbst-Bewegung überlebt habe, die innerhalb der protestantischen Kirche längere Zeit geführt wurde, fürs erste entschieden sein.

Bei der Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes vom 8. bis 16. Juli 1997 in Hongkong (vgl. HK September 1997, 468 ff.) war auch der Chinesische Christenrat mit einer offiziellen Delegation vertreten. Sie fordert die anderen Kirchen auf, die Selbständigkeit der chinesischen Christen in allen Belangen zu respektieren und nicht zu versuchen, die chinesische Kirche zu kontrollieren oder ohne Absprachen missionarisch tätig zu werden. Besonders wandte sich Han Wenzao gegen das Bibelschmuggeln, das angesichts der Erfolge der in Nanjing ansässigen Amity-Druckerei vollkommen überflüssig und nur störend sei. Denn durch die große moderne Druckerei in Nanjing von der Amity-Stiftung sei es

gelungen, seit 1980 mehr als 18 Millionen Vollbibeln zu drucken, im Jahr 1996 allein 3,3 Millionen. Die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der chinesischen Kirche wird auch von der neuen „Kirchenordnung der protestantischen Kirche Chinas“, die bei der 6. Nationalen Chinesischen Christenkonferenz am 28.12.1996 in Beijing verabschiedet wurde, herausgestellt. Eine Warnung gegenüber Einmischung von außen in die Angelegenheiten der christlichen Kirchen kommt auch von Bischof *K. H. Ding*, dem langjährigen Präsidenten des Chinesischen Christenrats, der sich gegen Absichten der US-Regierung wendet, sich weltweit als Anwalt für Religionsfreiheit und Protektor der Religionen aufzuspielen. Bischof Ding ist der Ansicht, daß dies im Hinblick auf die Religionsfreiheit in der VR China nur schädlich sein könne.

Das Wachstum der protestantischen Christen hält unvermindert an. In den letzten Jahren ist nach offiziellen Angaben der Kirchenleitung ihre Zahl pro Jahr um jeweils eine halbe Million gestiegen. Genaue Angaben sind unter den gegenwärtig gegebenen Bedingungen nur schwer zu erhalten. Der Chinesische Christenrat gibt die Zahl seiner Mitglieder mit zehn Millionen an, denen 12 000 Kirchen zur Verfügung stehen; daneben gibt es etwa 25 000 Treffpunkte und Gebetsstätten. In 17 Seminaren und Hochschulen wird der theologische Nachwuchs ausgebildet, ferner gibt es vier Bibelschu-

Johann Baptist Metz

Zum Begriff der neuen Politischen Theologie

1967–1997

GRÜNEWALD

Johann Baptist Metz
Zum Begriff der neuen
Politischen Theologie
1967–1997

216 Seiten. Kartonierte
DM 36,- / ÖS 263,- / SFr 34,20
ISBN 3-7867-2029-0

Die zentralen Texte zur neuen Politischen Theologie

Die neue Politische Theologie von Johann Baptist Metz wurde zu einem der einflußreichsten theologischen Denkansätze weltweit. Die Befreiungstheologie aus der Dritten Welt ist ohne Impulse dieser Theologie nicht zu denken. In solidarischer Kritik an seinem Lehrer Karl Rahner hat Metz die Theologie grundlegend erneuert.

Eine Theologie, die sich nicht von vornherein absichert gegen die konkrete Geschichte und ihre Katastrophen, eine Theologie, der man die Leidensgeschichte der Menschen ansieht, eine Theologie, die in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der Zeit nicht einfach eine bequeme Zuschauerrolle einnimmt, sondern sich darin selbst aufs Spiel setzt – das zeichnet das Denken von Metz aus.

In einem Band liegen hier alle zentralen Texte zur neuen Politischen Theologie vor, die nicht in seinem Hauptwerk „Glaube in Geschichte und Gesellschaft“ enthalten sind.

Matthias-Grünwald-Verlag
Postfach 30 80 · 55020 Mainz
E-Mail MatthGruen@aol.com
<http://www.kath.de/gruenewald>



Matthias
Grünwald
Verlag
Mainz

len. Da aber nicht alle protestantischen Christen sich durch den Chinesischen Christenrat vertreten fühlen, liegt die tatsächliche Zahl mit Sicherheit höher. Es werden Zahlen von bis zu 50 Millionen genannt, wobei nicht klar ist, ob es sich hier um getaufte Christen oder auch um Interessierte und Sympathisanten handelt. Es ist aber unbestreitbar, daß der Zulauf zu den protestantischen Kirchen größer ist als der zur katholischen Kirche.

Die protestantischen Christen haben zwar auch interne Spannungen über die Frage des Maßes der Kooperation mit der kommunistischen Staatsgewalt, aber diese Auseinandersetzungen sind nicht doktrinärer Natur wie die Frage der Bischofswahlen und -weihen ohne Zustimmung des Papstes. Im Zusammenhang mit der Verabschiedung von Bischof Ding wurde die Lebensleistung dieses anglikanischen Bischofs für den Wiederaufbau der protestantischen Kirche in China mit viel Lob und Anerkennung bedacht. Es gab aber auch abweichende Stimmen, die im Hinblick auf Ding und andere führende Persönlichkeiten in der protestantischen Kirche Fragen nach der Zusammenarbeit mit der Regierung und der Partei stellten und davon sprachen, daß immer noch Mitglieder der kommunistischen Partei leitende Kirchenämter innehätten.

Wie die anderen Religionsgemeinschaften in Hongkong, hat auch die katholische Kirche die Rückkehr in den chinesischen Staatsverband in der Nacht vom 30. Juni auf den 1. Juli 1997 mit feierlichen Gottesdiensten begrüßt. In mehreren Ansprachen, Interviews und eigenen Beiträgen haben sowohl Kardinal Wu als auch die beiden neuen Bischöfe, der Koadjutor *Joseph Zen* und Weihbischof *John Tong*, mit nüchternen Analysen und einem vorsichtigen Optimismus sich dahingehend geäußert, daß sie für die Zukunft der Kirchen in Hongkong damit rechnen, daß die Abmachungen des Grundgesetzes von allen Seiten respektiert und daher die religiösen Freiheiten wie bisher geachtet würden. Weihbischof Tong, der sich selber als „Realist“ bezeichnet, setzt darauf, daß die neuen Machthaber ihren eingegangenen Verpflichtungen nachkommen und die kirchlichen Verhältnisse weitgehend unverändert bleiben werden.

Mit einer gewissen Spannung wird beobachtet, wie es mit der Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis für die immer noch 400 ausländischen Missionskräfte in Hongkong in der Zukunft bestellt sein wird. Gegenwärtig beläuft sich die Zahl der chinesischen katholischen Christen auf 245 000, die in 112 Pfarreien pastoral betreut werden. Hinzu kommen noch 120 000 Katholiken anderer Nationalität, von denen die meisten philippinische Gastarbeiterinnen sind, die als „Hausmädchen“ arbeiten.

Die christlichen Kirchen spielen im *Bildungswesen* Hongkongs eine herausragende Rolle, denn rund 40 Prozent aller Schulplätze befinden sich in christlicher Trägerschaft. Mit gegenwärtig 235 Schulen und über 300 000 Schülern, d. h. 25 Prozent der gesamten Schülerschaft Hongkongs, hält die katholische Kirche dabei den Löwenanteil. Der Artikel 141 des Grundgesetzes für die Sonderverwaltungszone Hong-

kong erlaubt den religiösen Gemeinschaften auch weiterhin, höhere und andere Schulen zu betreiben. Die große Frage wird sein, ob die neuen Machthaber in Hongkong die bisherige Subvention der Schulen in kirchlicher Trägerschaft fortsetzen werden. Auf dem sozialen Sektor ist die Caritas Hongkong mit 35 Krankenhäusern und einer Vielzahl weiterer Einrichtungen ein Großunternehmen, das gegenwärtig über 5000 hauptamtlich Beschäftigte hat.

Hinter dem prophetischen Auftrag der Kirche zurückgeblieben

Schon im Vorfeld der Übergabe bzw. der Rückkehr Hongkongs in den Herrschaftsbereich der Volksrepublik China war die Frage, wie es mit den Menschenrechten der Meinungs-, Glaubens- und Informationsfreiheit bestellt sein würde. Allgemein verbreitet ist die Ansicht, daß sich der bisherige Zustand nicht wird konservieren lassen, auch wenn die Bestimmungen des zwischen Großbritannien und der Volksrepublik China ausgehandelten Grundgesetzes (*Basic Law*) dies zunächst zu garantieren scheinen. Im Blick auf den 1. Juli 1997 haben die zahlreichen chinesischen Dissidenten es nicht auf einen Test ankommen lassen, sondern die ehemalige Kronkolonie lieber schon vorher verlassen. Es handelt sich vor allem um politische Dissidenten aus der Demokratiebewegung, die nach dem Tiananmen-Massaker nach Hongkong gekommen waren, und andere, die schon seit Jahren in Hongkong lebten. Anfang Juni war es noch einmal zu der schon üblich gewordenen Demonstration aus Anlaß des Jahrestages des Tiananmen-Massakers gekommen. Die Zeitungskommentatoren spekulierten, ob dies das letzte Mal gewesen sein würde, daß dieser Protest gegen die Unterdrückung der Demokratiebewegung stattgefunden habe.

Die Änderungen des Demonstrationsrechts, wonach Kundgebungen gegen die politische Ordnung verboten werden, haben Befürchtungen geweckt, daß Gruppen, wie z. B. die diözesane Kommission *Gerechtigkeit und Frieden*, die für sich in Anspruch nehmen, rein kirchliche Gruppe zu sein, leicht zu einer politischen Organisation erklärt werden könnten, wodurch sie nicht länger den Schutz der Religionsfreiheit genießen würden. Andererseits hat die neue politische Führung in Hongkong die Vertreter der größeren Religionsgemeinschaften aufgefordert, für die für nächstes Jahr vorgesehene indirekte Wahl von Mitgliedern der gesetzgebenden Versammlung Wahlmänner zu stellen. Sowohl der protestantische Christenrat wie auch die Diözese Hongkong haben erklärt, daß sie sich weigern, solche Wahlmänner zu benennen, weil dies eine Beteiligung der Kirchen am politischen Alltagsgeschäft bedeuten würde.

Daß nur wenige Tage nach der Rückkehr Hongkongs die Neunte Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes dort tagen konnte, wurde allgemein als ein gutes Zeichen gesehen, daß Hongkong auch weiterhin seine internationalen Verbindungen pflegen und beibehalten können wird. Die

Vertreter der lutherischen Kirche aus Taiwan konnten jedenfalls ohne Schwierigkeiten einreisen. Der Chef der Sonderverwaltungsregion Hongkong, *Tung Chee-hwa*, benutzte die Gelegenheit seines Grußworts, vor der Versammlung zum ersten Mal nach der Rückkehr Hongkongs vor einem internationalen Gremium zu bekräftigen, daß die Religionsfreiheit sowie die kirchliche Trägerschaft für Schulen, Krankenhäuser und Sozialeinrichtungen auch in Zukunft nicht gefährdet seien. Mit Spannung war erwartet worden, wie die Vollversammlung die Frage der Menschenrechte behandeln würde. Die vom Grundsatz- und Weisungsausschuß schließlich vorgelegte Menschenrechtserklärung enthielt einen Passus, in dem davon die Rede war, daß es etliche Aspekte der Menschenrechtssituation in China gäbe, die ernste und legitime Sorgen bereiteten. Konkret genannt wurden die Behandlung und Inhaftierung von Dissidenten, die weitverbreitete Anwendung der Todesstrafe und Verstöße gegen

rechtsstaatliche Verfahren in Kriminalprozessen und bei den Haftbedingungen.

Eine Mehrzahl der Delegierten, vor allem Vertreter der asiatischen Kirchen, sprachen sich gegen die vorgeschlagenen Formulierungen aus, da sie China beleidigen müßten und als „Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ abgelehnt werden würden. Auch würde das Verhältnis der Kirche Hongkongs zu China beeinträchtigt. Die Vollversammlung entschied sich dazu, die inkriminierten Formulierungen zu streichen. Das hatte zur Folge, daß die Mehrheit der Delegierten dafür votierte, keine Erklärung zu den Menschenrechten abzugeben. Der Vorgang macht deutlich, wie sensibel die Frage der Menschenrechte im Hinblick auf China ist. Es ist aber auch ein bedrückendes Zeichen dafür, wie eine christliche Kirche hinter dem prophetischen Auftrag, Anwalt der Rechte der Menschen zu sein, zurückbleibt, wenn sie andere Rücksichten stärker gewichtet.

Georg Evers

Fremd und ansprechend

Arundhati Roys Roman „Der Gott der kleinen Dinge“

Ein Roman einer indischen Autorin wurde in diesem Herbst zum literarischen Erfolg. Arundhati Roy beschreibt in „Der Gott der kleinen Dinge“ das Leben einer christlichen Familie in Kerala. Martin Kämpchen, Germanist und Religionswissenschaftler, der seit fast 20 Jahren in Indien lebt, hat für uns den ungewöhnlichen Roman gelesen und ordnet ihn in seinen indischen Kontext ein.

Es hört sich an wie ein orientalisches Märchen: Eine junge und schöne Frau in Indien schreibt heimlich, ohne es jemandem mitzuteilen, vier Jahre lang an einem Roman. Es ist ein Roman, der Erlebnisse ihrer Kindheit verarbeitet und in ihrer Kindheitslandschaft angesiedelt ist. Sie zeigt das Manuskript einem Lektor, der es auf eine Zugreise mitnimmt, die er nicht beendet. Denn aufgeregt springt er auf der Strecke an einem Bahnhof heraus, um die junge Frau anzurufen. Er gratuliert ihr begeistert und bewegt zu dem Manuskript. Es solle in England erstveröffentlicht werden, entscheidet der Lektor, und dem Weltmarkt zugänglich gemacht werden, es dürfe nicht in Indien hängenbleiben. Er schickt das Manuskript an einen literarischen Agenten in London, der sich nach Lektüre ins erste Flugzeug setzt und nach Indien fliegt, um die Autorin zu bitten, ihr das Manuskript zu überlassen. Tatsächlich versteigert er das Manuskript in England meistbietend und verkauft die Übersetzungsrechte in alle Herren Länder. Die Autorin erhält einen märchenhaft hohen Vorschuß. Noch bevor ihr Roman erschienen ist, steht überall in Indien ihr Bild auf den Titelseiten der Magazine. Die Kritiker loben einstimmig ihr Werk, es steht auf den Bestsellerlisten vieler Länder, und das Buch erhält schließlich den Booker-Preis, den angesehensten Literaturpreis, den Eng-

land für englischsprachige Werke aus dem ehemaligen britischen Commonwealth zu vergeben hat. Die schöne und junge Autorin strahlt und sagt, daß sie vielleicht nie mehr ein Buch schreiben werde.

Wenn das kein Märchen ist – so phantastisch und unglaublich, wie eben nur der Orient Märchen erdichten kann! Doch diesmal handelt es sich nicht um ein ausgedachtes Märchen, sondern um die „märchenhafte“ Wirklichkeit. Die Autorin heißt *Arundhati Roy* und ihr Roman „Der Gott der kleinen Dinge“, der im August 1997 auch in deutscher Übersetzung erschienen ist (Karl Blessing Verlag, München; übersetzt von Anette Grube). Der Vorgang beweist, wie nahe sich die Medienwelt und die Phantastik der Märchen sein können. Die sich überstürzende Schnelligkeit, in der die Ereignisse ihren Lauf nahmen, wird notwendig durch die elektronische Kommunikation, die Sensationslüsternheit des Publikums und die Macht des großen Geldes. Diese Schnelligkeit wirkt phantastisch, weil die „alltägliche“ Wirklichkeit ihren langsameren Rhythmus hat, bei dem die Gefühle der Menschen noch mitkommen.

Das wirklich Erstaunliche ist jedoch, daß im Mittelpunkt dieser Aufregung kein Buch mit der erfolgssicheren Mi-